

Oelde, den 15. Dezember 2014

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushaltsrede Ralf Niebusch (Fraktionssprecher FWG) zur Verabschiedung des Haushaltes 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

ein vor einigen Wochen in der Glocke abgedruckter Leserbrief ist betitelt mit: „Nichts gemein mit nachhaltiger Politik“. Darin kritisiert der Leserbriefschreiber vor allem den Vorwurf der CDU gegenüber unserem Bürgermeister Karl-Friedrich Knop, „dass dieser es sich bei seinem Vorschlag, die Grundsteuer zu erhöhen, zu leicht gemacht habe.“

In einem Gespräch mit unserer Heimatzeitung sieht die Fraktionsführung der CDU wegen der geplanten Grundsteuererhöhung die Standortvorteile Oeldes schwinden. Sie erwartet Vorschläge vom Bürgermeister mit dem Ziel, **schmerzliche Einschnitte** anzugehen. Und das strukturelle Defizit müsse **mindestens** halbiert werden.

Für eine Halbierung des Defizits hätte die CDU Einsparvorschläge in der Größenordnung von mindestens 1,5 Mio. EUR bringen müssen. Für eine Halbierung der geplanten Steuererhöhung nochmal rd. 1 Mio. EUR. Und zwar nachhaltig.

Das bedeutet, dass im städtischen Haushalt die laufenden Kosten um 2,5 Mio. EUR hätten gesenkt werden müssen. Aus unserer Sicht ist dies unrealistisch.

Der Betrag von 2,5 Mio. EUR ist noch größer als die Defizite unserer Bäder und von Forum Oelde zusammen.

Wenn von Ihrer Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen aus CDU und SPD, der Vorschlag gekommen wäre, alle Bäder und das Forum Oelde zuzumachen, hätten wir dem wahrscheinlich so nicht zugestimmt, aber man hätte Ihrem Einsparwillen die Nachhaltigkeit nicht absprechen können.

Die CDU meint, Aufgaben könnten mit der Bereitschaft, über den Tellerrand zu schauen, mit anderen Kommunen geteilt werden. Personalverwaltung, Beschaffung, Baubetriebshof fallen Ihnen dazu ein.

Darüber kann man reden. Ob dabei ein nennenswerter Betrag herauskommt, wird man sehen.

Uns wäre als besonders gelungenes Beispiel für die Aufgabenteilung mit anderen Kommunen auch etwas anderes eingefallen: Unsere Kreismusikschule, die Sie gerade platt machen wollten, es sich aber noch mal anders überlegt haben.

Was am Ende der geplanten Einsparungen bleibt, ist ein Zurückfahren der Instandhaltungsmaßnahmen an städtischen Einrichtungen, ein Fahren auf Verschleiß insbesondere an Gebäuden und Straßen.

Was passiert, wenn an öffentlichen Gebäuden ein jahrelanger Instandhaltungsstau auftritt, können Sie an der Städtischen Realschule beobachten:

- ein maroder Eingangsbereich,
- Einfachverglasung der Flurfenster im Altbau mit allerdings sehr schönen Eisblumen im Winter,
- ein alter Technikraum im Keller,
- veraltete sanitäre Einrichtungen für Schüler und Lehrer.

Die hohen Sanierungskosten für die Realschule lassen sich zum Teil auch darauf zurückführen.

Ein Fahren auf Verschleiß ist deshalb mit der FWG nicht zu machen.

Was in NRW seit Jahrzehnten praktiziert wird, wollen wir in Oelde nicht.

Die WAZ Dortmund titelt im August diesen Jahres recht treffend: „Das Straßennetz in NRW verrottet“.

Und beklagt neben den maroden Autobahnbrücken auch den katastrophalen Zustand vieler Landesstraßen und kommunaler Straßen.

Dies soll nun auch wohl nach Vorstellungen der SPD – nachhaltig - in Oelde auch so werden wie in NRW. Oder wie sonst ist die Äußerung der SPD in der Glocke gemeint: - ich zitiere - „Es gibt Bereiche, die können wir nicht innerhalb eines Jahres einfach abstellen – dazu bedarf es eines längeren Prozesses.“

Zitat weiter: „Diesen (Prozess) hat der Rat aber in den vergangenen Jahren nicht beschritten, da, wie der Bürgermeister sagte, wir uns ein hohes Niveau bei vergleichsweise geringen kommunalen Abgaben geleistet haben.“ Zitat-Ende.

Wobei der Bürgermeister auf der SPD-Homepage nun nicht mehr „der Bürgermeister“ ist, sondern im Zusammenhang mit der Grundsteueranhebung nur noch „der Bürgermeister – in Klammern – FWG“,

Fest steht, dass uns in Zukunft ähnliche Zustände bevorstehen wie sie im Lande NRW längst üblich sind.

Wenn nach dem Willen von CDU und SPD der Oelder Familienvater oder die Mutter im Rahmen der privat organisierten Fahrgemeinschaft auf dem Weg zur Musikschule in Ennigerloh, Wadersloh oder Beelen durch diese Schlaglöcher rumpelt, wird er oder sie an die Ankündigung der SPD-Fraktion denken: „Das kann auch richtig wehtun.“

Für die SPD besteht Bildung vor allem aus Schulessen und Beton. Vor gut einem Jahr sinnierte sie noch über eine teure Zentralmensa. Noch vor Kurzem hätte es auch ruhig ein kompletter Neubau für die Gesamtschule sein dürfen.

So weit zu den Sparbemühungen der SPD bis zur Wahl.

Bildung, noch dazu musische, hat nach Vorstellung von CDU und SPD wohl nur im Ganztage stattzufinden. Oder auch gar nicht.

Jedenfalls nicht in einer Kreismusikschule, die der Stadt pro Jahr ungefähr so viel Geld kostet wie ein einziger Lehrer an einer öffentlichen Schule.

Was beide, CDU und SPD, gemeinsam haben, ist, dass sie eigentlich mit der Politik der Vergangenheit nichts zu tun haben wollen.

Die beiden Fraktionen verfügen zwar seit Jahren über eine komfortable Zwei-Drittel-Ausgaben-Mehrheit, aber die augenblicklich angespannte Finanzlage soll doch nur der Bürgermeister (in Klammern: FWG) verursacht haben.

So einfach kann man es sich nicht machen.

Dass die jährlichen Transferaufwendungen seit 2013 um gut 4 Mio. EUR gestiegen sind, damit haben CDU und SPD nichts zu tun, wollen sie uns weismachen.

Geprüft werden **nicht** die Standards, die ihre Parteivertreter in Bund und Land setzen und die u.a. zur Erhöhung der Kreisumlage geführt haben.

Geprüft wird **nicht** die Notwendigkeit, weiterhin 1,5 Mio. EUR für den „Fonds Deutsche Einheit“ in den Haushalt einzu-stellen. Das könnte ja die „Schwarze Null“ in Berlin gefähr-den, auf die die CDU so stolz ist.

Abgelehnt wird von der SPD auch nur der **Versuch**, sich gegen die Solidarumlage NRW gerichtlich zu wehren.

Das ist der eigentliche Vorwurf, den die FWG-Fraktion den beiden Fraktionen von CDU und SPD macht:

Sie haben seit Jahren in diesem Gremium eine deutliche Mehrheit. Sie fahren seit Jahren den Kurs mit, Oelde attraktiv zu halten und dafür auch die Finanzmittel bereitzustellen.

Wenn nun im Wesentlichen aufgrund der Erhöhung der Kreisumlage, die Sie, teilweise sogar persönlich, Herr Westerwalbesloh und Herr Kaup, im Kreistag beschließen, die Grundsteuer in Oelde erhöht werden soll, sind Ihre Fraktionen in Ihrer Entrüstung kaum zu überbieten.

Für dieses widersprüchliche Verhalten haben wir kein Verständnis.

Meine Damen und Herren von der CDU und SPD. Geld ausgeben können Sie, das hat die Vergangenheit gezeigt.

Sparen ist da schon deutlich schwieriger, wie Sie selbst wohl gemerkt haben.

Auch im kommenden Jahr stehen unangenehme Entscheidungen an. Der Schließungsbeschluss einer innerstädtischen Grundschule ist eine davon.

Wenn das gesamtwirtschaftliche Umfeld schwieriger wird, mit Konsequenzen für die Gewerbesteuer, oder die Transferauf-wendungen weiter steigen, werden wir auch über die finan-zielle Ausstattung des Oelder Forum sprechen müssen.

Die Fraktion der FWG stimmt dem Haushalt 2015 nicht zu.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.